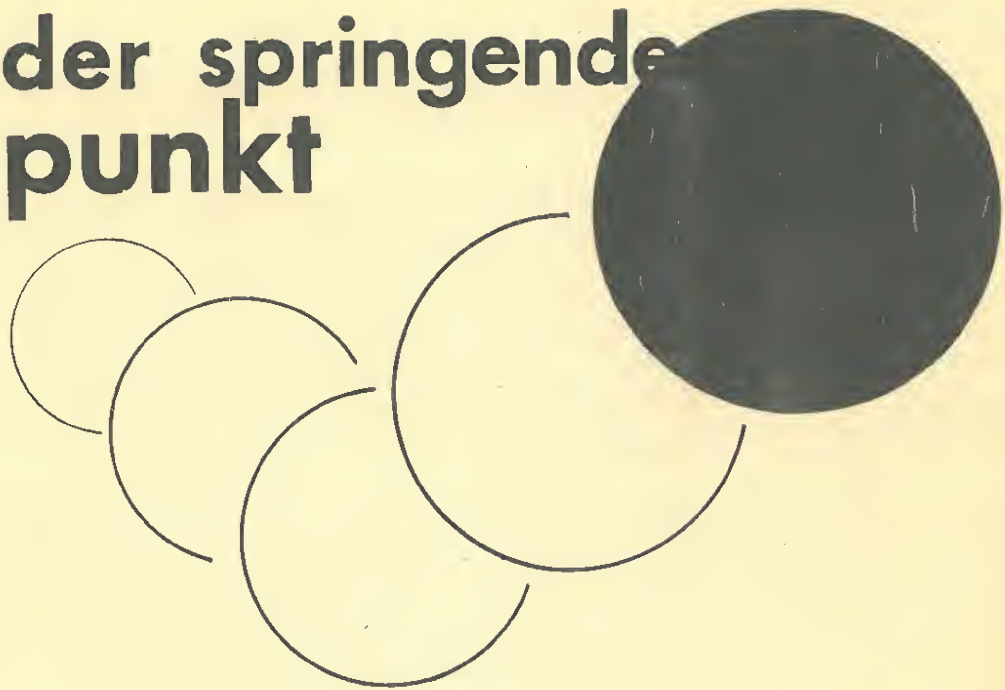


der springende punkt



Inhalt

Nr. 8

Die Misere des BRD - Gesundheitssystems
Arbeitskreise
Schluß mit dem Wettrüsten
Die ' problemkurse ' an der MHL

Die Misere des BRD-Gesundheitssystems

Das Gesundheitssystem der Bundesrepublik ist nicht nur ins Gerede, sondern auch in die Krise geraten. Diese Krise ist nicht nur verursacht durch die "Armut der öffentlichen Hand", sondern sie ist vor allem ein Problem überkommener Strukturen, die durch massive Standesinteressen verteidigt werden, und ein weiteres Symptom der Misere einer Gesellschaft, in der sich alles, eben auch der Kranke und seine Krankheit, in Ware verwandelt: Als Gesunder verkauft der Mensch seine Arbeitskraft, als Kranker wird mit ihm das "Geschäft mit der Krankheit" gemacht.

Die organisierte Ärzteschaft, private Versicherungsgesellschaften und die pharmazeutische Industrie zeichnen das Schreckbild vom kollektivierten Menschen in der sozialisierten Medizin an dem Zukunftshorizont, wo es in Wahrheit um den privaten Profit geht. Die von fortschrittlichen Kräften geforderten Reformen stehen den massiven Interessen mächtiger reaktionärer Kreise gegenüber.

Die Misere des bundesdeutschen Gesundheitssystems läßt sich an vielen Punkten festmachen. Es gilt hier vor allem, das Krankenhauswesen und die ambulante Versorgung der BRD zu beleuchten:



unsere Krankenhäuser

Für den Bereich der stationären Versorgung in der BRD zeichnen die Landesvertretungen der Ärzteschaft, z. B. die Bundesärztekammer, ein sehr rosiges Bild von der Krankenhaus-Szenarie: Kritikern wird beschwichtigend vorgehalten, daß die "BRD bezüglich der gesundheitlichen Versorgung mit an der Weltspitze" rangiere.

"Wohl nur im Einzelfall, jenseits aller Verallgemeinerungen, dürfte manche Kritik berechtigt sein; Mängel, wenn sie überhaupt beobachtet würden, rechtfertigten jedoch keinesfalls die teilweise gehässigen Angriffe in der Öffentlichkeit auf unser Krankenhauswesen und seine Ärzte."

"Die Zahl der Krankenhausärzte sei in den letzten 10 Jahren wesentlich stärker gestiegen als die Zahl der Krankenhausbetten",; hinsichtlich der Bettendichte gehöre Westdeutschland zu den "rein zahlenmäßig am besten versorgten Ländern der Welt" die Infrastruktur der Kliniken sei verbessert, "eine Auflockerung und wesentliche Abflachung überspitzter hierarchischer Strukturen an Krankenhäusern" sei längst erreicht worden.

Doch dieser beschönigenden und irreführenden Darstellung widersprechen die Zustände an den westdeutschen Krankenhäusern, so wie sie wirklich sind:

- Zwar wird die BRD mit einer Bettenverteilung von 1 auf 90 Einwohner quantitativ tatsächlich nur von wenigen Ländern übertroffen, doch zeigen sich in der regionalen Verteilung der Betten erhebliche Mängel. Viele Gebiete der BRD, vor allem Land- und Stadtrandgebiete, sind absolut unterversorgt, denn die Krankenträger

kommunale, frei gemeinnützige und private, sind keinem allgemeinen Versorgungsplan verpflichtet.

- Obgleich die Zahl der Klinikärzte sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt hat, müssen immer noch viele Krankenhausärzte bis zu 40 Stunden hintereinander Dienst tun, klagen fast 60 % aller Krankenhauspatienten (laut Allensbach-Umfragen) über Ärztemangel in den Spitälern.
- Obgleich die Krankenhaus-Pflegesätze allein in den letzten 5 Jahren um rund 100 Prozent gestiegen sind, hat das jährliche Defizit der westdeutschen Kliniken längst die Milliarden-Grenze (1971: 1,2 Milliarden) überschritten.
- Neben der regional unterschiedlichen Behandlung gibt es auch innerhalb eines Krankenhauses unterschiedliche Behandlungsklassen: Außer dem gehobenen Komfort genießen die Privatpatienten häufig auch - besonders wegen der intensiveren Betreuung - eine bessere medizinische Behandlung als die Kassenpatienten.
- Eine überkommene Hierarchie erschwert, bzw. verhindert die kollektive Zusammenarbeit zwischen den Ärzten untereinander und zwischen diesen und anderen Berufsgruppen an Krankenhäusern.
- Es gibt keine objektive Kontrolle der Fähigkeiten und des Wissensstandes des ärztlichen Personals.
- Die mangelnde Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten geht eindeutig zu Lasten der medizinischen Versorgung der Bevölkerung, was u. a. vor allem auf das Monopol der niedergelassenen Ärzte auf die gesamte ambulante Versorgung zurückzuführen ist.

Alle diese Mißstände werden von den Ärztekammern kräftig geleugnet. Ja sie setzen sich sogar aktiv für den Fortbestand der knöchernen Strukturen ein, die diese Mißstände beinhalten. Und selbst der Staat kämpft mit nur unzureichenden Mitteln. Mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz, von der SPD zur Super-Reform hochstilisiert, sollte das enorme Defizit der Krankenhäuser durch Erhöhung der Pflegesätze, Schließung aller unrentabler Krankenhäuser und durch Bettenreduzierung, eingedämmt werden: Es werden nur noch solche Krankenhäuser gefördert, die in den Krankenhausbedarfsplänen der Länder als zur Versorgung der Bevölkerung auf die Dauer erforderlich aufgeführt werden.

Das bedeutet: Schließung aller Krankenhäuser unter 100 Betten (Weiterförderung höchstens 10 Jahre) das sind 46,7 % aller Krankenhäuser und entspricht 11,5 % aller Betten!

Die strukturellen Ursachen der Mißstände im westdeutschen Krankenhauswesen dürfen einfach nicht nur mit solchen isolierten Maßnahmen bekämpft werden!

Diese Ursachen sind aber nicht nur rein strukturelle, sondern liegen z. T. auch in der Zersplitterung der Krankenkassen (Patientenvertretung), denen die einheitliche Front der ärztlichen Interessensvertretungen gegenübersteht, welche es immer noch versteht, ihre Standesinteressen als allgemeine auszugeben. Hinzu kommt das vollständige Fehlen einer zen-



tralen Planung und Leitung des Gesundheitswesens. Unter Ziel muß deshalb u. a. die Schaffung einer einheitlichen Sozialversicherung mit allgemeiner Versicherungspflicht und die Durchsetzung einer zentralen Planung und Leitung im Gesundheitswesen sein.



Deshalb setzen wir uns ein für:

1. Schaffung eines zentralen Planungsinstruments für das Krankenhauswesen unter entscheidender Mitwirkung der Kassen. Die Planung dieser Institution müßte bisher unterversorgte Gebiete besonders berücksichtigen!

2. Durch Errichtung von Polikliniken müssen die Krankenhäuser die Möglichkeit der ambulanten Vor- u. Nachsorge ihrer Patienten sowie der allgemeinen ambulanten Versorgung der Bevölkerung erhalten. Der technische Apparat der Krankenhäuser ist der ambulanten Versorgung zugänglich zu machen: Der Patient soll die Möglichkeit haben, zwischen nieder gelassenem Arzt und Poliklinik wählen zu können.



Und —> "auch in Polikliniken läßt sich sicherstellen, daß die Patienten, sofern sie es wünschen, immer vom gleichen Arzt gesehen werden. Durch ein einfaches Einbestellsystem lassen sich die Wartezeiten, wie im West-Berliner Klinikum Steglitz bewiesen, auf Minuten reduzieren." (AuA)*

Aus dem STB
„Zunächst noch eine Frage von Chefarzt Professor Müller, Herr Abgeordneter: Wo stehen Sie zur Einführung des klinischen Krankenhauses?“

Außerdem —> "Durch die vorstationäre Diagnostik und nachstationäre Behandlung in der Poliklinik, läßt sich so die durchschnittliche Verweildauer in Krankenhäusern auf mind. 15 Tage (jetziger Bundesdurchschnitt mehr als 18 Tage) verkürzen, somit die notwendige Bettenzahl verringern." (AuA)

Weiter fordern wir, um eine bessere Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und der stationären Versorgung mehr Spielraum zu verschaffen.....

3. Beseitigung des Personalmangels durch Angebot besserer Ausbildung und Bezahlung für das Pflegepersonal. Erhöhung, nicht Einfrieren, von Planstellen, um Überstunden zu verhindern.

4. Abschaffung der Klassen.

*Die Anmerkung AuA bedeutet Zitat nach Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Ärzte.

5. Anstelle des Chefarztssystems muß das Prinzip der Kollegialität treten. Ärzte mit gleicher Qualifikation müssen prinzipiell gleichberechtigt sein.

Denn → Qualifikationen erwirbt man nicht durch einen Titel und es gibt keinen Grund warum fachlich qualifizierte Ärzte einem Chef untergeordnet sein sollten.

Und → "das Recht der Chef- und Oberärzte auf Privatliquidation schadet wegen kaufmännisch gelenkter Entscheidungen in Behandlung und Diagnostik und durch private Nutzung von Einrichtungen und Arbeitskräften, die von Zwangsversicherten bezahlt werden. Die Privathonorare der Chefärzte in der BRD betragen 2 Milliarden jährlich, das ist etwas mehr, als das Defizit der Krankenhäuser z. B. 1971 betrug.

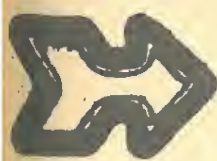
6. Durchsetzung von Mitverantwortung und Mitbestimmung aller Beschäftigten am Krankenhaus, um die gemeinsame Aufgabe der Pateintenversorgung bestmöglich zu erfüllen.

AuA: "Die Dominanz des ärztlichen und verwalterischen Bereichs, die strikte Trennung und Unterordnung der pflegerischen unter die ärztliche Arbeit und die hierarchischen Befehlsstrukturen verhindern engagierte, verantwortungsbereite und fähige Zusammenarbeit bei der Krankenversorgung."

7. AuA: "Krankenhäuser sind hinsichtlich ihrer Aufgaben zu differenzieren. Es sollte unterschieden werden in Schwerpunkt-Krankenhäuser, Normal-Krankenhäuser, Nachsorgekliniken, Rehabilitationszentren, Krankenhäuser für chronisch Kranke. Für die Psychiatrie sind weitere Typen erforderlich. Daneben sind zentrale Behandlungskliniken für besondere Krankheiten einzurichten (Herzinfarkt z. B.), weil dort erwiesenermaßen die Erfolgsrate in der Therapie steigt.

8. Die großen Kliniken innerhalb der Krankenhäuser sind zugunsten überschaubarer Funktionsbereiche aufzulösen.

Es ist heute völlig unmöglich, daß Chefs Kliniken mit mehr als 100 Betten verantwortlich betreuen können. Wo Chefs für größere Abteilungen verantwortlich sind, geht das eindeutig zu Lasten der Patienten.



Kassenarzt '76 -

na, wie geht's uns denn ?

Die ambulante Versorgung ist die Grundlage der medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Sie stellt besondere Anforderungen an die diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten und Fähigkeiten der in der ambulanten Versorgung Tätigen.

Nach § 368 der Rechtsversicherungsordnung (RVO) fällt den kassenärztlichen Vereinigungen (KV) das Monopol in der ambulanten Versorgung zu.

Doch dies war kein automatischer und natürlicher Prozess, sondern wurde mit allen Mitteln ständischer Macht erkämpft. Schon seit der Jahrhundertwende stritt die Ärztelobby für den Ausbau und die Sicherung der eigenen materiellen Interessen und Privilegien auf Kosten der Sozialversicherten durch die ständige Schwächung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Die Aufsplitterung der GKV in über 1.800 Ein-

zelkassen, denen die geschlossene Front der Kassennärztlichen Vereinigung gegenübersteht, hat das ihre zum Unterliegen der Interessen der Sozialversicherten beigetragen:

"1952 schon wurden auf Druck der Ärzteschaft insgesamt 38 von 90 kasseneigenen Westberliner Polikliniken und Ambulatorien geschlossen. Diese Tendenz dehnte sich in der Folgezeit auf das gesamte Bundesgebiet aus, sodaß heute nur noch ein einziges kasseneigenes Ambulatorium in Westberlin besteht.

1953 wurde gleichfalls auf Druck der deutschen Ärztestandesorganisationen dem werksärztlichen Dienst jegliche ambulante therapeutische Maßnahme per Gesetz abgesprochen.

Schließlich bauten die niedergelassenen Ärzte ihr Behandlungsmonopol der ambulanten Versorgung im Sicherstellungsparagraphen vollends aus, das einen gesetzlich fixierten Schutz der praktischen Ärzte vor unliebsamer Konkurrenz und eine staatlich garantierte Sicherung der profitorientierten Privatpraxis gewährleistet." (AuA)

1960 - Niederlassungsfreiheit. Mit der Durchsetzung der Niederlassungsfreiheit durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1960 wurde den Krankenkassen, die auch die Patienteninteressen vertreten, die letzte Kontrollmöglichkeit über die ärztliche Versorgung entzogen.

Im krassen Gegensatz zu den hauptsächlich finanziellen, Vorteilen der niedergelassenen Ärzteschaft stehen die Nachteile, die für Patienten entstehen; denn das bestehende System der ambulanten Versorgung wird den Anforderungen auf gar keinen Fall gerecht, die ambulante Versorgung ist nicht "sichergestellt"!

Unter anderem durch den "wohl flagrantesten Mißbrauch der den KVen und Ärztekammern als öffentlich-rechtlichen Institutionen mit dem Sicherstellungsauftrag übertragenen Macht" (AuA), stellt die systematisch über Jahre betriebene künstliche Begrenzung der Arztdichte (siehe Beitrag zum Numerus clausus!) dar, die zu den erschreckenden Zahlen des Arzt-Patient-Verhältnisses in der BRD geführt hat.

Zwar wird im deutschen Ärzteblatt Nr. 50/1972 ein Arzt-Patient-Verhältnis von 1:506 angegeben, wonach eine optimale Versorgung der Bevölkerung vorgespiegelt werden soll (nach den Richtlinien der WHO), aber tatsächlich gehen in diese "Be-rechnung auch Ärzte ein, die nicht mehr praktizieren, die in der Forschung und Lehre tätig sind, in der Verwaltung tätig sind." (AuA)



In Wahrheit sehen die Verhältnisse, aufgeschlüsselt nach einzelnen Fachgebieten so aus:



Praktische Ärzte und Fachärzte der Allgemeinmedizin	25 898	1 2 290
Summe der Fachärzte	21 572	1 2 750
Augenärzte	1 983	1:29 911
Frauenärzte	2 623	1:22 613
HNO-Ärzte	1 798	1:32 989
Hautärzte	1 326	1:44 732
Innere	5 817	1:10 197
Kinder	2 066	1:28 710
Neurologen-Psychiater	1 089	1:54 456

Und diese Zahlen geben nur den Bundesdurchschnitt an. Berücksichtigt man nun noch die Arztdichte, d. h. die Verteilung der Ärzte auf Großstadt und Landgebiete, kommt man zu noch katastrophaleren Ergebnissen, denn es besteht eine unverantwortliche Unterversorgung in Stadt- und Landgebieten.

Dieser quantitative Mangel wird nun noch gefolgt von einem qualitativen, d. h. die ärztlichen Leistungen auf dem Gebiet der ambulanten Versorgung sind miserabel.

Die völlige Überlastung der niedergelassenen Ärzte und ein Honorierungssystem, das einfache und technische Leistungen unverhältnismäßig hoch vergütet, führen zu dem, was man heute mit 3-Minuten-Medizin umschreibt.

Die Verhältnisse sehen folgendermaßen aus: (AuA)

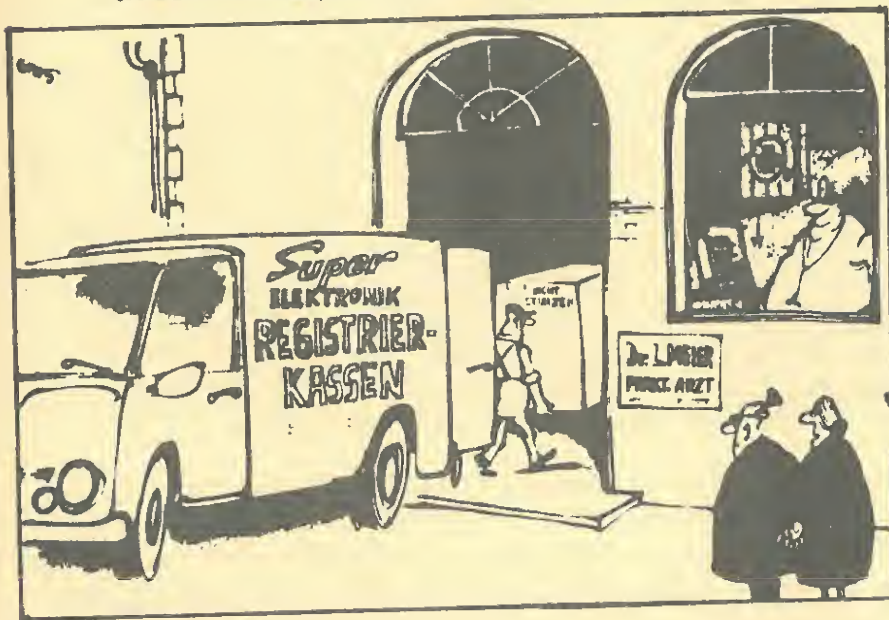
"Die durchschnittliche Wartezeit wird mit 77 Minuten angegeben. 53,5 % der Patienten meiden den Gang zum Arzt, wenn irgend möglich (wie sich das z. B. auf die Früherkennung von Krankheiten auswirkt, läßt sich unschwer erraten!)

44,6 % sagten von sich: "Ich habe schon Arztbesuche, die sehr notwendig waren, verschoben, weil mir die Wartezeiten zu lang sind."

50 % aller ärztlichen Leistungen entfallen auf Beratungen, für die der Arzt durchschnittlich 3 Minuten braucht und die ihm DM 3,-- bis DM 6,25 (nachts 7,50 - 14,20, auch telefonisch) einbringen.

Von den mehr als 2.000 Passagen der Gebührenordnungen machen nur 30 gleichbleibende Verrichtungen 94 % der gesamten Arbeit des Allgemeinpraktikers aus!

Dabei haben Behandlungen die größte Häufigkeit, die durch technische-medizinisches Hilfspersonal ausgeführt werden und/oder überdurchschnittlich gut bezahlt werden.



„Na endlich, unser Herr Doktor modernisiert seine Praxis!“

Die für die Diagnostik und Therapie unerläßlichen Maßnahmen, wie ausführliche Anamnese und Befunderhebung sowie klinische Untersuchungen des gesamten Patienten treten dabei unverantwortlich in den Hintergrund.

Die Fortbildung des Allgemeinpraktikers ist miserabel. Da im Unterschied zu Schweden und den USA z. B. keine Nachweispflicht bezüglich der Ausbildung besteht, ist es schon dazu gekommen, daß von den KVen organisierter, von der Steuer abzugsfähiger Ski- und

Badeurlaub, ja sogar Luxuskreuzfahrten als Fortbildungsveranstaltungen getarnt werden. Zusammen von dem von der Pharma-Industrie arrangierten Luxus-Buffets mit Werbefilmen kommt man dann auf die stattliche Zahl von 9 Fortbildungstagen pro Jahr für den einzelnen Praktiker!

Sehr kraß und evident ist die Unfähigkeit der Niedergelassenen zur Sicherung der Versorgung im Bereich der "kleinen Psychiatrie", wie die standesübliche Bagatellformel für massive soziale und psychische Konflikte der Patienten lautet: Nach einer Befragung glaubt die Mehrzahl der Allgemeinpraktikern Psychotherapie zu betreiben, obwohl nur ein verschwindend kleiner Teil eine entsprechende Ausbildung nachweisen kann!!

Für den Katastrophalen Zustand unseres Gesundheitswesens, sowohl für den Ärztemangel, als auch für die miserablen Leistungen im ambulanten Bereich, tragen die Kassenärztlichen Vereinigungen sowie die übrigen Standesorganisationen die volle und alleinige Verantwortung!

Nur Maßnahmen, die grundlegend in unser System der ambulanten Versorgung eingreifen und nicht nur Schönheitsoperationen an der Oberfläche bleiben, werden Aussicht haben, zu einem Erfolg für die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu werden.



Deshalb fordern wir

"Er zeige, daß er ein Herr ist"

In einem Leitfadens, der 1900 unter dem Titel „Die Führung einer allgemeinen Praxis“ erschien, doziert Dr. Fritz Geiger, praktischer Arzt und Präsident der „Internationalen Gesellschaft für Allgemeinmedizin“, über den Umgang mit Patienten:

Die Patienten wollen den souveränen Führer... im Arzt täglich und stündlich spüren. Diese zum Teil bescheidene Führerrolle muß der Arzt spielen. Sonst bleiben die Patienten sozial unbefriedigt.

Der Patient ist zum Gehorsam bereit. Er wünscht, geführt zu werden, und er wünscht, gehorchen zu dürfen.

Nachdem die Persönlichkeit des Arztes die wirkungsvollste Arznei für seine Patienten ist, muß der Arzt immer und jederzeit die ganze Macht und Ausstrahlung dieser seiner Arztpersönlichkeit zum Einsatz bringen. Falsche Bescheidenheit ist hier fehl am Platze. Sie würde nur dem Ziele der Arzt-Patienten-Beziehung, nämlich der Heilung der Krankheit, im Wege stehen

nachweisen kann!!

Die Kleidung des Arztes beim Hausbesuch sei solide, praktisch und gegebenenfalls auch elegant. Er zeige, daß er ein Herr ist. Die Patienten wünschen und wollen es so... Der salopp oder armlich gekleidete praktische Arzt verliert bei den Hausbesuchen an Reputation und an ärztlicher Heilkraft.

Die Erfahrung der Praxisjahre schärft seinen 6. Sinn... aus dem Mahlstrom seiner Patientenmühle täglich fünf bis zehn Patienten herauszuziehen, denen er eine genaue Untersuchung mit eingehender Anamnese angedeihen läßt... Auf diese Weise bringt es auch ein Kasenslöwe mit 2000 Krankenscheinen pro Quartal zustande, ein guter Arzt zu sein. Mit beinahe nachtwandlerischer Sicherheit fischt er aus dem Strom der Bagatellen, der täglich an ihm vorbeifließt, die schwereren Krankheiten heraus

1. Aufhebung der starren Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung durch Angliederung von Polikliniken an die Krankenhäuser (nicht nur an Universitätskliniken), mit der Kompetenz zur ambulanten Versorgung der Bevölkerung. Außerdem sind medizinisch technische Zentren und Ambulatorien zu errichten. In ihnen arbeiten angestellte Ärzte.
2. Das Monopol der niedergelassenen Ärzte zur ambulanten Versorgung muß durch Revision des "Sicherstellungsparagraphen" gebrochen werden.
3. Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen sollen auch in Polikliniken und Ambulatorien durchgeführt werden. Ihre Auswahl richtet sich nach Gefährlichkeit und Häufigkeit der Erkrankung und nicht nach dem benötigten technischen Aufwand.
4. Geregelt Fortbildungs- und Nachweispflicht für das gesamte medizinische Personal.

Um diese Verbesserungen auch wirklich durchsetzen zu können oder wenigstens dafür Ansätze dazu liefern zu können, müssen sich die im Gesundheitswesen Tätigen gewerkschaftlich (ÖTV) zusammenschließen.

Denn der Kampf muß gegen die massiven Interessen der außerordentlich straff organisierten ärztlichen Standesverbände geführt werden. Kritik an Krankenhäusern und med. Fakultäten veranlaßt die ärztlichen Interessenverbände lediglich zu warnenden Hinweisen auf unzulässige Verallgemeinerungen; Kritik an der ambulanten Versorgung, an der Arztpraxis, aber läßt sie auf die Barrikaden steigen:

Auf dem 78. deutschen Ärztetag 1975 in Hamburg haben die Ärzteverbände wieder einmal eindeutig klargemacht, was für sie unantastbar bleiben soll.

"Unverzichtbare Voraussetzung für die Weiterentwicklung des Kassenarztrechts" seien folgende Grundsätze:

- die gemeinsame Selbstverwaltung von Ärzten und Krankenkassen in der grundsätzlichen Gestaltung des Systems der kassenärztlichen Versorgung;
- der gestzliche Auftrag an die kassenärztlichen Vereinigungen zur Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung;
- die Vertagsfreiheit zwischen Krankenkassen und KVen als Ausdruck des Partnerschaftlichen Gleichgewichts zwischen Ärzten und Versicherten.

Jede Gesetzesänderung, die diese Grundsätze des Kassenarztrechts infrage stelle oder zu beseitigen versuche, werde auf den entschiedenen Widerstand der Kassenärzteschaft stoßen.

Diesen und anderen Grundsätzen hat sogar der SPD-Fraktionschef im deutschen Bundestag, Herbert Wehner in einer Grußadresse zugestimmt und sie als "guten Schritt vorwärts" bezeichnet!

Doch welche handfesten materiellen Interessen hinter solchen "unverzichtbaren Grundsätzen" stecken, zeigen die Einkommenssteigerungen der Kassenärzte: der Kassenarztumsatz stieg von 20.000 DM im Jahr 1953 auf 148.000 DM im Jahr 1971 !! Das Jahreseinkommen der Kassenärzte nach Abzug der Praxisunkosten wurde in demselben Zeitraum verachtfacht, bei einem Durchschnittsanstieg der Löhne und Gehälter nur auf das Vierfache!

Übrigens ..

- wen der Text des HRG interessiert, wir haben im AStA 50 Exempl. (kostenlos, natürlich !)
- wer das Famulaturverzeichnis für Schleswig Holstein noch nicht hat, das gibt's kostenlos im AStA

zum politischen Mandat

Ein interessantes Urteil des Verwaltungsgerichts Münster vom 25.2.76 gibt Veranlassung, noch einmal auf dieses Thema zurückzukommen. Bekanntermaßen ist es ja gerade der Vorwand, die Organe der Verfassten Studentenschaft (ASTa, StuPa, vds etc) hätten 'widerrechtlich' das politische Mandat Wahrgenommen, mit dem die Angriffe auf uns stattfinden; sei es die Amtsenthebung des Marburger ASTa, sei es die Androhung einer solchen in Hamburg oder Münster, sei es die Zwangssatzung in Schleswig - Holstein, immer wird so argumentiert.

So auch jetzt in Münster :

Zwei Studenten der Westfälischen Wilhelms- Universität (WWU) in Münster stellten einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen den ASTa wegen dessen Mitwirkung in den Organen der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS).

Die Studenten begründeten ihren Antrag unter anderem damit, die VDS übe das allgemeinpolitische Mandat aus. Sie waren der Meinung, sie hätten als Zwangsglieder der Verfassten Studentenschaft einen Anspruch darauf, daß der ASTa nicht in den Organen der VDS mitwirke und ihn nicht finanziell fördert. Durch derartige Maßnahmen des ASTa würden Rechte der betroffenen Studenten vereitelt und ihnen ein nicht wieder gutzumachender Schaden entstehen.

Die Studenten beantragten, dem ASTa zu untersagen, in den Organen der VDS mitzuwirken oder diese finanziell zu unterstützen, solange sich die VDS mit Aufgaben befassen, die nicht spezifisch und unmittelbar studentischer oder hochschulpolitischer Art sind und dem ASTa für jeden Fall der Zuwiderhandlung ein Ordnungsgeld anzudrohen.

Das Gericht wies den Erlaß einer einstweiligen Anordnung zurück. Dazu aus der Begründung:

Dem Antragsteller drohen ohne den Erlaß der begehrten einstweiligen Anordnung keine unzumutbaren Nachteile. Daß der Antragsteller selbst durch den ASTa zwangsweise zur Mitwirkung in Organen der VDS herangezogen wird, ist unwahrscheinlich. Auch die behauptete "Zwangrepräsentation" durch die VDS bringt für ihn keine unzumutbaren Nachteile mit sich.

Aufruf zur Demonstration am 22. Mai 1976 in Bonn

**Stoppt das Wettrüsten!
Für Frieden, demokratische Reformen und soziale Sicherheit!
Mit der Abrüstung beginnen!**

Müssen wir wettrüsten? Brauchen wir die hohe Rüstung für unsere nationale Sicherheit und den Frieden? Können wir es uns leisten, für Panzer, Raketen, Truppen, Flugzeuge und Kriegsschiffe jährlich mehr Milliarden aufzuwenden?

Unser Volk hat, wie alle Völker unseres Kontinents, leidvolle Erfahrungen mit dem Wettrüsten sammeln müssen. Es brachte keine Sicherheit, sondern Unsicherheit. Europa erlitt schon zweimal in diesem Jahrhundert Chaos und Elend. Keiner kann heute zerbombte Städte, zerstörte Industrien, Schutt und Asche und durch Atombomben verwüstete Länder wollen.

Bisher stehen der Abrüstung vielfach noch Mißtrauen, Befürchtungen und Verdächtigungen entgegen. Doch ein Anfang muß gemacht werden, damit die Rüstungseskalation gestoppt werden kann. Für die Bundesrepublik kann es nur politische, nicht aber militärische Sicherheit geben.

Die letzten Jahre der Entspannung haben mehr Frieden, mehr Sicherheit, mehr Fortschritt und Zuversicht gebracht, als all die Jahre der Konfrontation des Kalten Krieges vorher. Friedliche Verständigung, Zusammenarbeit und Abrüstung erweisen sich als stabilere Grundlage für die gemeinsame Lösung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme der Völker und Staaten heute und in Zukunft.

In Helsinki – auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit – haben die Staaten Europas, die USA und Kanada ein friedliches und demokratisches Zusammenleben vereinbart. Sie erarbeiteten ein umfassendes, einmaliges Programm der Zusammenarbeit. Sie erklärten, daß Abrüstung jetzt folgen muß.

Denn die Aufrüstung hat nie ein Problem gelöst und wird auch in Zukunft keins lösen. Sie schafft Mißtrauen und Spannung; sie vergeudet wertvolle menschliche Arbeitskraft und fügt der Wirtschaft schweren Schaden zu. Sie verhindert Fortschritt und notwendige Reformen.

Überall fehlt es an Geld. „Wildwuchs“ soll abgebaut werden, drastische Sparprogramme werden verabschiedet. Bildungsausgaben werden gekürzt, Krankenhausbauten auf Jahre eingefroren, Lehrlingsausbildungsstätten gestrichen und die Postgebühren aufgestockt. Der Straßenbau soll gestoppt, Berufsbildung begrenzt, die Steuer erhöht, das Streckennetz der Bundesbahn vermindert werden. Ein Ende des finanziellen Engpasses und der Arbeitslosigkeit ist nicht in Sicht. Der Bevölkerung werden weitere soziale Bürden aufgelastet. Die Rüstung treibt die Inflation weiter in die Höhe.

Abrüstung ist zum Schlüsselproblem unserer Zeit geworden. Sie ist ein entscheidendes Mittel, den sozialen Fortschritt zu finanzieren, neue und sichere Arbeitsplätze zu schaffen, Geld und Arbeitskraft ausschließlich Aufgaben zu widmen, die der Gesellschaft nutzen.

Notwendig ist es, das Tabu der Rüstung zu durchbrechen.

Notwendig ist es, konstruktiv an den internationalen Abrüstungsbemühungen mitzuarbeiten: bei der Einberufung der Weltabrüstungskonferenz, beim Verbot neuer Massenvernichtungswaffen, beim Verbot der chemischen Waffen, bei der Begrenzung der atomaren Waffen, bei der Verminderung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa.

Notwendig ist es, jetzt auf das Verhandlungsangebot, das der Wiener Konferenz vorliegt, einzugehen und einen sofortigen Rüstungsstopp durchzuführen.

Notwendig ist es, auf alle neuen Rüstungsprojekte – wie MRCA und Leopard – zu verzichten, die Manöver einzuschränken und keine neuen Truppenübungsplätze zu bauen.

Die Regierungen haben in Helsinki den Weg in eine neue friedliche Zukunft Europas beschritten.

Wir appellieren: Nutzt die Möglichkeit der Entspannung, beginnt mit der Abrüstung!

Die Öffentlichkeit unseres – wie jeden Landes – muß jetzt handeln, um das Erbe des Kalten Krieges und die Widerstände der Rüstungsindustrie und anderer Entspannungsgegner zu überwinden. Wir alle müssen aktiv werden gegen jeden Versuch, das Wettrüsten zu verewigen und unser Land in die Politik der Konfrontation, der Feindseligkeit und Spannung zurückzuziehen.

Es geht um die Abrüstung in Ost und West. Von keiner Seite werden Vorleistungen verlangt. Wir wollen gemeinsam darauf hinwirken, daß die Ost-West-Verhandlungen und die Bemühungen in der UNO zu baldigen Ergebnissen führen.

Deshalb rufen wir auf zur gemeinsamen Demonstration am 22. Mai 1976 in Bonn:

Für sofortigen Stopp des Wettrüstens und Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte.

Für einen konstruktiven Beitrag zu den Wiener Verhandlungen über die Kürzung von Rüstungen und Truppen in Mitteleuropa.

Für die Verwirklichung des UNO-Beschlusses, die Rüstungen um zunächst zehn Prozent zu senken, um die freiwerdenden Gelder für wirtschaftliche und soziale Aufgaben bei uns und in den Entwicklungsländern zu verwenden.

Für die Durchsetzung dieser Ziele wollen wir handeln. Sie schadet keinem, sondern nutzt allen Völkern. Sie schafft mehr politische und wirtschaftliche Sicherheit.

Sie bietet die Möglichkeit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit zu stärken und eine friedliche Zukunft zu sichern.

Erstunterzeichner sind:

Pfarrer Dieter Baumann
Sabine Behrend, Betriebsjugendvertretungsvorsitzende
Willi Bleicher
Herbert Borghoff
Dr. Ernst Busche, Sprecher der Bürgeraktion Garlstedter Heide
Pfarrer Volkmar Deile
Angelika Dietz
Lottemi Doormann, Sprecherin der Zentralen Elterninitiative Schulnotstand
Ingeborg Drewitz
Bernt Engelmann
Prof. Dr. Walter Fabian
Frank Firnkes, Zivildienstleistender
Michael Gerber
Dietmar Glaßer
Hilda Heinemann
Prof. Dr. Jörg Huffscheid

Mechthild Jansen
Prof. Dr. Gerhard Kade
Dagmar Kies, Sprecherin des Koordinationsbüros der Initiativgruppen der Jugendzentrumsbewegung eV
Herbert Knapp, Betriebsratsvorsitzender
Prof. Dr. Eugen Kogon
Uwe Knickriem, VDS-Vorstandsmitglied
Prof. Dr. Hans-Jürgen Krysmanski
Prof. Dr. Reinhard Kühnl
Heinz Lukrawka, Betriebsratsvorsitzender
Pastor Konrad Lübbert
Peter Löwen
Klaus Mannhardt
Gunnar Matthiessen
Pfarrer Friedhelm Meyer
Pastor D. Martin Niemöller
Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann

Pastor Klaus Rauterberg, Aktion für die ersatzlose Auflösung des Bombenabwurfplatzes Nordhorn-Range
Josef Reding
Heinz Reichwaldt, Staatssekretär aD
Prof. Dr. Helmut Ridder
Eleonore Romberg
Dr. Joseph Rossaint
Dr. Erika Runge
Pfarrer Hermann Schäufele
Guntram Schneider
Eckart Spoo
Prof. Dr. Gerhard Stuby
Pfarrer Horst Symanowski
Volker von Törne
Horst Trapp
Günter Wallraff
Hermann Wirtz, Betriebsratsvorsitzender

Dem Aufruf schlossen sich bisher 4670 Unterzeichner an, darunter:

Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch
Prof. Dr. Klaus Brake
Prof. Dr. Herbert Braun
Prof. Dr. Lienhard Delekat
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Robert Dickler
Prof. Dr. Andreas Dress
Dr. Thomas Engels, Assistenzprofessor
Prof. Dr. Georg Fülberth
Prof. Dr. Klaus-Jürgen Gantzel
Prof. Dr. Wilhelm Gleisberg
Prof. Dr. Horst Holzer
Prof. Dr. Arno Klönne
Prof. Dr. Walter Kreck
Prof. Dr. Lothar Kupp
Prof. Dr. Lothar Peter
Dr. Elisabeth Rohrmann, Hochschullehrerin
Prof. Dr. Hans-Jörg Sandkühler
Prof. Dr. Fritz Straßmann
Prof. Dr. Margarete Tjaden-Steinhauer
Prof. Dr. Kurt P. Tudyka
Kai Abramzik, Vors. Betriebsjugendvertretung

Alfred Bauer, Betriebsratsvorsitzender
Klaus Bretthauer, BRV
Adolf Broch, BRV
Helmut Bublitz, BRV
Erich Eckinger, Vors. BJV
Emma Engelhardt, BRV
Ernst Faber, BRV
Thomas Franke, Gesamt-BRV
H. Friedrich, BRV
Karl Gmelch, BRV
Manfred Haas, stellvertr. BRV
Kurt Heinzmann, stellvertr. BRV
Anita von Holt, BRV
H. Jenerowin, Vertrauenskörper-Leitung
Gertrud Kesternich, BRV
Rolf Knecht, BRV
Erwin Kunz, Vors. BJV
Paul Michalowiez, BRV
Heinz Mührmann, stellvertr. BRV
Ilse Piechotta, BRV
Eva Pömmerl-Dreier, BRV
Karl-H. Schneider, BRV
Erich Schulz, BRV

Hans Seichter, BRV
Rolf Thetard, BRV
Max Vogel, BRV
Arnold Werner, Vors. VKL
Hermann Wirtz, BRV
Gerhard Beha, DGB-KJA-Vors.
Frank Behrens, stellvertr. Bundesvors. der AjLE in der GEW
N. Bekler, Gewerkschaftssekretär
Hans Bendgen, DGB-Kreisvorstandsmitglied
Marianne Buchholz, Jugendbildungsreferentin
Helmut Buck, 1. Bev. IGM-Reutlingen
Hermann Daldrup, Vors. der AjLE in der GEW, Krs. Unna
Hans-Joachim Esser, DGB-KJA-Vors., Viersen
Ernst Fenselau, DGB-KJA-Vors.
Harald Frey, Landesjugendleiter der IG Druck und Papier Bayern
Stanislaus Gollletz, Mitgl. des DGB-KJA
Willi Grandrath, DGB-/OK Vorst.-Mitglied

Dr. Jürgen Albert, Journalist, Sprecher
des Werkkreises Literatur der
Arbeitswelt, Bremen
Jörg Armbruster, Journalist
Helmut Bausch, Journalist
Vera Betterbusch, Journalistin
Rosemarie Bollinger, Journalistin
Brunhilde Dähn, Journalistin
Wolfram Frommelt, Publizist
Anton-Andreas Guha, Journalist
Hans Peter Herbst, Journalist,
Vorsitzender RFFU
Georg Herde, Journalist
Klaus H. Jann, Journalist
Dr. Mathias Jung, Redakteur
Adalbert Kramer, Journalist
Ingeborg Küster, Journalistin
Theo A. Löbber
Rainer Mammen, Redakteur
Dr. phil. Hans Oberländer, Publizist
Max Oppenheimer, Journalist
Jürgen Parchent, Journalist
Hans Rondi, Journalist
Gerd Siebert, Journalist
Claus Schulte, Redakteur
Elly Steinmann, Journalistin
Peter C. Walther, Redakteur
Günther Wilke, Journalist
Dr. Elisabeth Wolffheim, Journalistin

Norbert Hartmann, Studienrat
Horst Bethge, Lehrer
Wolfgang Wedekind, Realschullehrer
Hermann Müller, Lehrer
Jürgen Kruse, Diplompädagoge
Dr. Reinhard Drüner, Oberstudienrat
Dorothee Gercke, Atem-, Sprech- u.
Stimmlehrerin
Ekkehard Lentz, Erzieher
Reinhard Glatzel, Jugendhelfer
Ralf Kumke, Religionslehrer
Manfred Graef, Lehrer
Hanna Bielefeld, Deutsch-Assistentin
Berend Buscher, Lehrer (Sonderschule)
Irene Schilling, Studiendirektorin i. R.
Peter Baumeister, Lehrer
Rudolf Theuring, Oberstudienrat
Gisela Haffner, Lehrerin
Klaus Struve, Wissenschaftl. Assistent
Wilfried Krallmann, Diplom-Pädagoge
Hugo Berrar, Lehrer
Frederike Drewes, Lehrerin
Yuksel Fezzioglu, Lehrer
Ursula Kolthoff, Lehrerin
Dr. C. Kreutz, Oberschulrat
Manfred Lesch, Dozent
Klaus Schütz, Lehrer
Dr. theol. Hannelis Schulte,
Religionslehrerin
Hans Kaczmarek, Lehrer
Uwe Peter Streese, Oberstudienrat
Eckhard Althaus, Diplomphysiker, Lehrer
Marianne Dolgamer, Lehrerin
Angelika Kürten-Neff, Lehrerin
Udo Paulus, Realschullehrer
Hans Schaefer, Realschullehrer
Marlene Schrammen, Fachlehrerin
Dagmar Hinz, Sozialpädagogin
Hans Dieter Pilgrim, Studienreferendar
Werner Nolting, Studienreferendar
Sigrid Zimmer, Sozialpädagogin
Christine Seiffert, Erzieherin
Rolf Jüngermann, Oberstudienrat/
GEW-Vorstandsmitglied

Klaus Herborn, Oberstudienrat
Friederike Borlinghaus-Adam,
Hauptschullehrerin
Manfred Meier, Erzieher
Winfried Wojke, Erzieher
Gisela Gantzel-Kress, Politikwissen-
schaftlerin
Gertrud Wolferts, Studiendirektorin
K. A. Kühlwetter, Lehrer
Julius Diesenberg, Lehrer i. R.
Silke Harbott-Schwage, Lehrerin
Gisela Kehrer-Bleicher, Lehrerin
Manfred Rößmann, Berufsschullehrer
Dr. Gertrud Layer, Studienrätin
Thusnelda Kolb, Realschullehrerin
Jürgen Klumpe, Lehrer
Hans-Egon Schmitz, Studienrat
Wilfried Dahmen, Lehramtsanwärter
Heinrich Kaulen, Lehramtsreferendar
Hans Kolb, Lehrer
Gunter Bernhardt, Lehrer
Karl Proske, Assessor
Margarete Thomä, Lehrerin
Karl Steins, Lehrer
Günther Heinrichs, Lehrer
Michael Ruhland, Studienreferendar
Peter May, Schulpsychologe
Ingo Komarek, Studienreferendar
Gerlinde Fronemann, Sonderschul-
lehrerin
Dr. Peter Brokmeier, Akademischer
Oberrat
Susie Lehmann, Lehrerin
Antonie Meier, Lehrerin i. R.
W. G. Stuckmann, Lehramtsanwärter
Klaus Meckel, Dozent
Ronald Mönch, Dozent
Andrea Stephan, Studienrätin
Isa Gerdes-Thomas, Lehrerin
Ingrid Grundlach, Referendarin
J. Schmäser, Erzieher
Katharina Wilkering-Herbst, Erzieherin
Gudrun Drude, Lehrerin
Marianne Wilke, Erzieherin
Regina Brandstätter, Erzieherin
Rainer Henrichs, Erzieher
E. Rohwer, Lehrer
Gudrun Rabe, Lehrer
Karin Pieper, Lehrerin
Gudrun Carls, Lehrerin
Dr. Heinz Tischer, Studiendirektor
Hanno Politychi, Assessor
Rainer Diederich, Fachhochschullehrer
Dr. Marianne Kaiser, päd. Mitarbeiterin
Grete Thomas, Oberstudienrätin
Heidi Ligniez, Erzieherin
Rolf Peter Ligniez, Sozialarbeiter
Edith Schött, Erzieherin
Evelyn Barthel, Lehrerin
Dr. Udo Mayer, Wiss. Ang.
Dr. Sylvester Lechner, Päd. Mitarbeiter
an der Volkshochschule Ulm
Gert Wille, Lehrer
Ulrich Kosub, Dipl.-Pol./Dozent in der
Jugendbildung
Heinrich Bode, Realschullehrer
Marianne Wille, Lehrerin
Volker Volbeding, Lehrer
Dr. Ingeborg Buchholz
Wolfgang Schulze, Lehrer
Susanne Rohde, Lehrerin
Dr. Manon Maren, Univ.-Dozentin
Sybille Rosenberg, Wiss. Assist.
Manfred Auerswald, Lehrer
Ingrid Gundlach, Referendarin

Dr. W. Schrammen, Musiklehrer
Dorothea Eichhorn, Lehrerin
Manfred Schneider, Univ.-Dozent
Ingrid Bock, Studienrätin
Ulrich Gutschow, Lehrer
Horst Stöterau, Studienrat
Dieter Galinski, wiss. Angestellter
Dr. Richard Sorg, wiss. Mitarbeiter,
2. Vors. GEW Marburg
Dr. A. Klingshirm, wiss. Mitarbeiter
Christoph Wurms, wiss. Angestellter
Dr. Ulrich Mühlen, wiss. Assistent
Gudrun Schäfer, Dipl.-Soz.-wiss.-Ass.

Heidi Kemper, Sozialarbeiterin
Dorothea Noak, Sozialpädagogin (grad.)
Magdalena Groot, Jugendleiterin
Hanneliese Böker, Sozialpäd. (grad.)
Reinhard Mauch, Sozialpädagoge (grad.)
(grad.)
Dieter Fiesinger, Sozialpädagoge (grad.)
Christian Krüger, Sozialarbeiter
Heidi Zieger, Sozialarbeiterin
Margret Köchling, Sozialpädagogin
Lienhard Böhning, Dipl.-Pädagoge
Charlotte Uhlig, Städt. Fürsorgerin i. R.
Wolfgang Küssner, Sozialarbeiter
Walter Bös, Sozialarbeiter
Walter Schmidt, Sozialarbeiter
Jörg Schlieper, Sozialarbeiter
Dieter Linke, Sozialarbeiter
Hans-Jürgen Momberger, Sozialarbeiter

Albrecht Boecker, Pfarrer
Wolfgang Grell, Pastor
Hanno Keller, Pastor
Kurt Essen, Pfarrer i. R.
Fritz Streitberger, Pfarrer
Weert Hüttmann, Pastor
Friedrich Eberhardt, Pfarrer
Frank Pötter, Pfarrvikar
Karl-Wolfgang Hanne, Pastor
Wilhelm von Lossow, Diakon
Erika von Lossow, Diakon
Konrad Elsässer, Pfarrvikar
Dr. Theophil Steude, Studienpfarrer
Hans A. de Boer, Berufsschulpastor
Mathias R. Lobner, Dipl. Theologe
Christian Dethleffsen, Pastor
Wolfgang Klein, Pfarrer
Boris Bebbler, Kirch. Ang.
Inge Bebbler, Kirch. Ang.
Wolfgang Wewer, Pastor
P. Anatol Feid, Ordenspriester
Max Rudolf Weber, Pfarrer i. R.
Arno Bertzbach, Pastor
Eckard Bretzke, Pastor
Rudolf Buchin, Pfarrer
Hartmut Drewes, Pastor
Hans Horn, Diakon
Gerhard Melzer, Pfarrer
Hans Joachim Oeffler, Pfarrer
Addy Schweizer, Pfarrer
Horst Stuckmann, Pfarrer
Heinrich Werner, Pfarrer
Adolf Schmidt, Pfarrer i. R.
Rudolf Farr, Pfarrer
Hilde Farr, Kantorin
Volkmar Deile, Pfarrer
Hermann Schäufele, Pfarrer
Friedhelm Meyer, Pfarrer
Rudolf Tuente, Pastor

Hermann Schulte, Pfarrer
Ludwig Wild, Pfarrer
Alfred Loschen, Diakon
Rudolf Heeder, Diakon
Karl Steinbauer, Pfarrer i. R.
Günter Buhl, Pfarrer
Elisabeth Asmus, Pastorin i. R.
Sönke Wandschneider, Pastor

Dr. Wilhelm Pilger, Röntgenfachmann i. R.
Dr. Winfried Beck, Arzt für Orthopädie
Werner Mansholt, Rechtsanwalt/
VDJ-Bundesvorstand
Karl Heinz Stolz, Objekt-Designer (grad.)
Hans Schrübbers, Diplomchemiker
Dr. Helmut Seyfarth, Physiker
Dr. Birgit Rehfus, wiss. Angestellte
Manfred Ruppel, Techn. Assistent
Dr. Gundula Zierock, Ärztin
Dr. Herbert Dormagen, Diplomsoziologe
Dr. Klaus Leiditz, Arzt
Edgar Wolff, Zahnarzt
Martin Patzlaff, Dipl.-Chemiker
Dr. Kurt Tillmann, Arzt
Dr. H. J. Hillmann
Dr. Stefan Neupert, Arzt
Dr. Hans-Günter Klein, Musikwissenschaftler
Dr. Thomas Weinert, Medizinalassistent
Dr. Karl Springer, Jurist a. D.
Hans Seifert, Diplom-Politologe
Andreas Zieger, Medizinalass.
Ingrid Lipka, Dipl.-Bibliothekarin
Dr. Hans-Jürgen Katzenstein, Arzt
Heinz Rinas, Landwirt
Daniel Glass, Soziologe
Regine Glass-Rosing, Dipl.-Psychologin
Ursula Teichmann, wiss. Mitarbeiterin
Reinhold A. Siegers, Betriebswirt
Erich Deil, Architekt
Dr. med. Klaus-Dieter Kolanda, Arzt
Wilfried Riese, Dipl.-Psychologe
Horst Neumann, Dipl.-Psychologe
Dieter Hinze, Dipl.-Psychologe
Karl-Heinz Peitzmeier, Betriebsw. (grad.)
Dr. S. Meyer-Nieberg
Dr. Michael Regus, Arzt
Gunther Loytved, Medizinalassistent
Georg Werckmeister, Jurist/wiss. Ang.
Dr. Gerhard Beyer, Arzt
Günter Kampkötter, Amtmann
Leopold Lichtenstein, Ingenieur
Klaus-Dieter Hackbarth, wiss. Mitarbeiter (Dipl.-Ing.)
Dr. Ulrich Happ, Zahnarzt
Johanna Kramer, Bibliothekarin
Dr. Erdmann Hübner, Augenarzt
Dr. med. Hubertus Willimzik, Arzt

John Hopp, Schulpsychologe
Walter Schönfeld, Justizreferendar
Hartmut Braun, Betriebswirt
Dr. med. Karl Hiestermann
Helmut Creutz, Innenarchitekt
Renate Creutz, Übersetzerin
Michael Raabe, Sozialarbeiter
Christine Matthiesen, Ärztin
Dr. med. Bruno Krause, Facharzt
f. Innere Krankheiten
Ute Barbara Harnisch-Peters, Dipl. Pol.
Manfred Harnisch, Ing. grad.
Wolfgang Schulze-Allen, Jurist
Dr. Erika Erdmann, Psychologin
Frank Niepel, Rechtsanwalt
Gerhard Bär, Jurist
R. M. Delling, wiss. Dokumentar
Dr. Ernst Schläfer, Vorsitzender
Richter am Landesgericht
Dr. Fred Schmid, Diplomkaufmann
Ülkü Schneider-Gürkan, Politologin
Joachim Schwamborn, Rechtsanwalt
Hanns-Wolfgang Siemon, Jurist
Karl Rainer Fabig, Arzt
Dr. Erich Meyer, Physiker i. R.
Dr. Fritz Katz, Arzt i. R.
Frieder Dünkel, Rechtsreferendar
Dr. Rudolf Loose, Arzt
Herbert Giese, Direktor i. R.
Dr. Peter Hess, Arzt
Dr. med. Hans Mausbach, Arzt
Barbara Mausbach-Bromberger
Asal Thomas, Dipl.-Mathem.
Dr. Elisabeth Scharpff, Internistin
Dietrich Pilz, Dipl.-Psychologe
Wolfgang Zimmer, Architekt
Wolfram Jasker, Ingenieur
Carl Römer, Fabrikant
Helmut Schmitz, Dipl.-Ing.
Franz-Josef Ingenmey, Ing.-grad.
Annelie Gilles, Ärztin
Dr. J. Frauenfeld, Rechtsbeistand
Gloria Brandenstein, Ärztin
Günter Kretlow, Ing.-grad.
Theodor Klüber, Aufsichtsratsvorsitzender
Reinhart Pabst, Architekt
Hans-Dieter Schmidt, Betriebswirt
Rudolf Zimmer, Architekt
Wolf Diez, Landwirt
Karl Wiesinger, Elektromeister
Ernst Schwarzwälder, Weinbauer
Rainer März, Bäcker
Heinrich Graf, Verleger
Otto Kripper, Tiefbautechniker
Alfred Lanfer, Gärtnermeister
Jürgen Braure, Maler
Ulrich Daniels, Buchhändler
Karl Hofmann, Schreinermeister
Karin Stiel, Industriekaufmann
Alois Wachter, Schuhmacher

Peter Knauer, Fernfahrer
Hans Sgodda, selbständig
Heide Hoppe, Stud. Sozialarbeit
Erich Fuche, Gastwirt
Klaus Minartz, Student
Achim Hauschulz, Buchhändler
Gerd Kusserow, Bankkaufmann
Fritz Korsch, Rentner
Norbert Sütterlin, Heizungsmonteur
Helga, Weise, Hausfrau
Jörg Fischer, arbeitslos
Jürgen Offermann, Industriekaufmann
Erika Brückner, Laborantin
Harald Berentz, arbeitslos
Frank Helm, Modellgußtechniker
Heinz Hegendt, Busfahrer
Ortrud Beisiegel, Hausfrau
Birgit Milde, Studentin
Dorothea Stamer, Krankenschwester
Heiner Stamer, Student
Christel Henzmann, Schneiderin
Helga Raßbach, Auszubildende
Willy Wötzel, Rentner
Klaus Hiller, Schlosser
Karl Pix, Schriftsetzer
Horst Smok, arbeitslos
Jan de Vries, Zivildienstleistender
Matthias Mirschel, Buchhändler
Jan Dirk Wach, Student
Heinz Strubel, Masseur u. med.
Bademeister
Wilhelm Korn, Amtsrat
Sybille Uken, Studentin
Eduard Hirscher, Schachtmeister
Ranny Weinberg, Rentnerin
Karin Pilhofer, Abit. o. Studienplatz
Wolfgang Münster, Krankenpfleger
Christiane Groß, Krankenschwester
Gisela Wiese, Kindergärtnerin
Helmut Große, Großhandelskaufmann
Dorothea Zarrath, Grafikerin
Petra Hamann, Krankenschwester
Wolfgang Meier, Justizangestellter
Helga Kirchner, Beamtin
Franz Nadler, arbeitslos
Volker Fredeböiling, ZDL
Günther Bergner, ZDL
Samuel Bauer, ZDL
Helmut Baumann, ZDL
Wolfgang Limpert, ZDL
Klaus Schaarschmidt, ZDL
Harald Tauber, Soldat
Ulrich Meyer, Soldat
Rolf Gerdes, Obergefreiter/Lehrer
Martin Bohle, Reserveleutnant
Stephan Schübel, Soldat, für ADS
Argonnenkaserne Weingarten
Friedhelm Kaup, Soldat
Norbert Scharf, Soldat
Harald Hoppe, Soldat
Anton Henning, Soldat

Zustimmungserklärung bitte senden an:

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit
Vorgebirgstraße 115
5000 Köln 51

Spenden erbeten auf das Postscheckkonto des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Köln, Nr. 613 12-508.

Bitte abtrennen

Ich/Wir unterstütze/unterstützen den Aufruf zur Demonstration am 22. Mai 1976 in Bonn

Name:

Anschrift:

Beruf/Funktion:
(nur zur Information)

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

Weiter heißt es in der Begründung:

Es kann davon ausgegangen werden, daß der Teil der Bevölkerung, der sich überhaupt für die Ansichten der Studentenschaften interessiert, darüber informiert ist, daß diese Meinungsäußerungen auf **M e h r h e i t s b e s c h l ü s s e n** beruhen und keineswegs die Meinung aller Studenten wiedergeben.

In seiner persönlichen Meinungsfreiheit wird der Antragsteller durch seine Mitgliedschaft im **StA** nicht eingeschränkt.

Dieses Urteil ist deshalb für uns so wichtig, weil ja auch wir für die Verankerung des politischen Mandats in unserer Satzung kämpfen.

Übrigens, der **ASTA** hat sich die Urteilsbegründung schicken lassen, es kann natürlich jederzeit bei uns eingesehen werden.

Für die gesetzliche Verankerung
der verfaßten Studentenschaft
mit politischem Mandat.



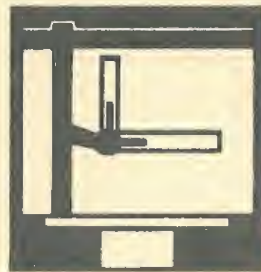
heiner hünicke

Lübeck – Büro- und Zeichentechnik

Bürobedarf



Büromaschinen



Kopiertechnik



Zeichenbedarf

Zeichentechnik

BÜRO-Leistungszentrum: Fischergarbe 60

Ausstellung für Büromöbel - Büromaschinen - Kopiertechnik - Vermessungstechnik - Zeichenanlagen - Lichtpausmaschinen.

Fachgeschäft: Huxstraße 15

Büro-, Zeichen- und Künstlerbedarf

Fachgeschäft: Wahnstraße 7

Feine Papierwaren u. Geschenkartikel

Telefon: (0451) 71181

Schluss mit dem Wettrüsten

In diesem Jahr gibt die BRD rund 50 Mrd. DM für Rüstung aus - das sind rund 1/3 des gesamten Bundeshaushalts.

Das bedeutet eine 5% ige Steigerung gegenüber 1975; im gleichen Jahr wird der Bildungshaushalt um 10,2% zusammengestrichen!

Die Bundesregierung versucht uns das mit dem Argument zu verkaufen, daß der Warschauer Pakt uns militärisch überlegen sei, daß die UdSSR uns überfallen könne. Gleichzeitig äußert Verteidigungsminister Leber in NATO -Gremien die Überzeugung, daß die NATO nach wie vor j e d e m militärisch überlegen sei.

In der Presse liest man, welche Vorschläge die Bundesregierung angeblich zur Abrüstung macht, gleichzeitig stimmt die BRD in der UNO gegen eine 10%ige Rüstungseinschränkung, ja selbst gegen die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz.

Wie auch immer man diese Widersprüche erklärt, Tatsache bleibt, daß Frieden nicht durch Aufrüstung gesichert werden kann!

(Das ist seit Anfang des letzten Jahrhunderts 141 mal versucht worden, bis jetzt ist es 140 mal fehlgeschlagen.)

Tatsache ist weiterhin, daß die Bundesregierung -unter dem Druck von Rüstungskonzernen und Entspannungsgegnern à la Strauß & Dregger - nicht bereit ist, konkrete Schritte zur Rüstungsbegrenzung oder gar Abrüstung zu tun!



Abrüstung - warum?

Gerade heute, wo die Welt bis an die Zähne bewaffnet ist, wo Vernichtungswaffen bisher nicht gekannter Dimensionen existieren ist Abrüstung in Ost und West nötiger denn je.

Die sozialistischen Staaten haben mehrfach bewiesen, daß sie bereit sind, solche Schritte zu unternehmen, so kamen z.B. die SALT - Verhandlungen, die KSZE auf Drängen der Sowjetunion zustande.

Aber auch Staaten wie England, Holland, Dänemark und Italien haben angefangen, ihre Militärausgaben einzuschränken.

Es ist unverantwortlich, daß in der Welt jährlich 250 Mrd Dollar für Rüstung verwendet werden, wenn hunderte Millionen Menschen in Hunger und Armut leben müssen.

Auch in unserem Lande wird immer offensichtlicher, daß die dringenden sozialen Reformen nicht verwirklicht werden können, wenn die Rüstungsausgaben nicht eingeschränkt werden. (Leber: "Jede eingesparte Mark geht in die Rüstung") Wenn wir unsere Forderungen nach Verbesserung des Bildungswesens, nach Ausbau des Gesundheitswesens ernst meinen müssen wir für Abrüstung eintreten !

Wir müssen uns klarmachen, daß nur eine Handvoll Konzerne am Wett-rüsten verdienen, während wir einen Abbau unserer sozialen Leistungen hinnehmen müssen.

Dazu regionale Beispiele ...

→ Im Rahmen des Konjunkturprogramms für die Bundeswehr sind 47 Mio Mark auf Hamburg und Schleswig Holstein entfallen. Gleichzeitig eröffnet die Landesregierung, daß 41 Mio DM für Krankenhausbauten gestrichen werden müssen; das sei Folge der Kürzung der Bundesmittel für Krankenhausbauten.

→ Die uns schon seit Jahren versprochene Mensa wird vorerst nicht gebaut werden können, weil der zuständige Planer im Landesbauamt abgezogen wurde, um eine neue Panzerkaserne zu bauen.

Wir müssen die Bundesregierung z w i n g e n , sich konstruktiv an den Multilateralen Abrüstungsverhandlungen zu beteiligen, denn nur so können wir militärische Konfrontationen -die unweigerlich unser Ende bedeuten- verhindern, nur so können wir erreichen, daß demokratische Reformen durchgesetzt werden !

Am 22. Mai findet in Bonn eine Demonstration statt, die unter dem Motto steht :

- Stoppt das Wettrüsten
- Für Abrüstung in Ost und West
- Für die von der UNO geforderte Senkung der Rüstungskosten um zunächst 10 %
- Für demokratische Reformen

Wir sollten uns zahlreich an dieser Demonstration beteiligen !!!

Buskarten (10 DM) gibt's im AStA

PS : In diesem Zusammenhang weisen wir auf unsere Beilage hin.

Diejenigen Kommilitonen, die den Aufruf noch nicht unterschrieben haben, können den ausgefüllten Abschnitt auch im AStA abgeben.

Wir leiten diese dann gesammelt weiter.

PROBLEMKURSE...

Auf der letzten VV wurden bereits die in den drei Studienjahren anstehenden Probleme mit Kursen bzw. Vorlesungen angesprochen. Hier ein kurzer Bericht über die weitere Entwicklung seitdem:

1. STUDIENJAHR (1. und 2. Semester)

Klinische Chemie

Herr Lorenz hatte ja gleich zu Anfang des Semesters Termine herausgegeben, an denen er für die Studenten (allerdings nur für fünf!!) zu sprechen sei (damit zeigt er eigentlich schon eine gesunde Einschätzung seiner Lehrveranstaltung!).

Am Dienstag, 20.4.76, trafen sich ein Teil der Kursteilnehmer, um die Argumente und Vorgehensweise für die "Unterredung" mit Lorenz am Donnerstag zu besprechen.

Dabei nahm er hin, daß wir mit 6 statt 5 Leuten erschienen; für die zahlreichen Gründe, die gegen seinen Kurs und speziell gegen Klausuren sprechen, konnte er jedoch kein Verständnis aufbringen.

Am Dienstag, 27. April, fand in der Mensa eine Vollversammlung der Kursteilnehmer statt, an der jedoch nur ca. 30 Leute teilnahmen.

Es wurde beschlossen, eine Unterschriftenliste in Form eines offenen Briefes rumzugeben, in der nochmal die Ablehnung der geplanten Klausur bekräftigt wird. Desweiteren ist eine Gegenveranstaltung zu einem Kurstag geplant!

H I F I - S T E R E O

Kaufen Sie preisbewußt ?

SONY, AR, MICRO, PIONEER, SANSUI,
Thorens, CEC, Lenco, LEAK, ARENA,
MARANTZ, DUAL, WEGA, Braun, ReVox
u. a. zu T I E F S T P R E I S E N !

Preisbeispiele :

Lenco L 78, kompl. m. Z/H u. S. ...	333.--
Marantz 2230, Stereo-Receiver.....	898.--
Braun Regie 520,	1450.--
Garrad Zero 100 SD, kompl.	399.--
ITT 4500, Stereo Receiver	633.--
ITT 4501, Stereo Receiver	699.--
SONY STR - 7055 A, Stereo Receiver	1050.--
ReVox A 77 CS,	1377.--
ReVox AX 4-3, Lautsprecher	399.--
ReVox A 78, Verstärker	888.--

Vergleichen Sie unsere Preise mit denen der Großstadt...wir sind günstiger !

Alle Preise einschl. MwSt., mit Werks -
garantie in Originalverpackung !

Testen Sie unsere Tiefstpreise !

H I F I - S T E R E O - D E C O R

2400 L Ü B E C K 1

Huxstrasse 99, Tel. 0451 / 75539-76780

Biomathematik

Mit Herrn Fassel wurde bereits in der ersten Semesterwoche ein Gespräch geführt, an dem ca. 10 Studenten des ersten Studienjahres und 3 ASTA-Vertreter teilnahmen.

Man einigte sich auf folgende Durchführung des Kurses:

Jede Woche wird eine kurze Übungsklausur geschrieben, die in der folgenden Vorlesung besprochen wird. Nur wer mehr als 50% der Übungen total "verhaut", muß die am Ende des Semesters stattfindende Abschlußklausur namentlich schreiben; alle übrigen schreiben anonym zur Selbstkontrolle.

Ferner gibt es keine Anwesenheitskontrolle in der Vorlesung mehr!!

2. STUDIENJAHR

Vorlesung Augenheilkunde

Die völlig unberechtigte Anwesenheitskontrolle wurde nach heftigem Protest zurückgenommen!!

3. STUDIENJAHR

Spezielle Pharmakologie

Auch in diesem Kurs soll eine Abschlußklausur geschrieben werden. Begründung u.a.: Das sei immer so gewesen, mündliche Prüfungen würden eine Verschulung bedeuten (!?) und eine Klausur wäre eben das beste

Methode, Pharmakologie abzufragen (etc. etc.).

Bis jetzt haben sich 2/3 der Kurs-Teilnehmer durch ihre Unterschrift gegen die Klausur ausgesprochen. Das weitere Vorgehen wird beraten.

Allgemeine Pharmakologie (WS)

Das durch Vermittlung des Präsidiums der MHL und der Unterrichtskommission erreichte Entgegenkommen der Pharmakologen scheint nach letzten Äußerungen von Prof. Strubelt zurückgenommen zu sein!



Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß Verbesserungen zu erreichen sind, wenn wir nur geschlossen für unsere Forderungen eintreten. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß sich alle Komilitonen an den Kurs-Vollversammlungen beteiligen und auch ihre Vorstellungen und Vorschläge in die Diskussion einbringen.

W7397331 B



**Wenn Du zum Arzt gehst vergiß
den Krankenschein nicht!**

ARBEITSKREISE : AUF GEHT'S

Nach einer Vorbesprechung haben wir für die Arbeitskreise folgende Termine festgelegt:
einmal wöchentlich trifft sich
AK Abbau demokratischer Rechte
montags 19:00 im Zentrum

AK Entwicklungspolitik donnerstags 18:00 Anschützstr.15 Zi 107

AK Demokratische Frauengruppe
mittwochs 19:00 KSG Parade 8

AK Gesundheitssystem mittwochs 19:00 Anschützstr.15 Zi 107

(Änderung: der AK "Abbau" trifft sich alle zwei Wochen, nächster Termin: Mo 10.4.76)

Wir hoffen auf möglichst zahlreiche Beteiligung!

Zitat des Monats :

Ihre Forderungen zum Pharma-Kurs
das ist Klassenkampf !!
(Prof Strubelt im Senat)

gegen Klausuren sprechen, konnte er jedoch kein Verständnis aufbringen.

Am Dienstag, 27. April, fand in der Mensa eine Vollversammlung der Kursteilnehmer statt, an der jedoch nur ca. 30 Leute teilnahmen.

Es wurde beschlossen, eine Unterschriftenliste in Form eines offenen Briefes zugeben, in der nochmal die Ablehnung der geplanten Klausur bekräftigt wird. Desweiteren ist eine Gegenveranstaltung zu einem Kurstag geplant!

Lied vom Friedhofslehrer

Wie die GEW kürzlich enthüllte, werden in Hessen und anderen Bundesländern arbeitslose Lehrer von den Sozialisten für Mitarbeiter auf Friedhöfen u. d. „zwangsverpflichtet“. Wer sich weigert, dem droht der Entzug der Sozialhilfe.

Sag mir, wo die Lehrer sind
Wo sind sie geblieben?
Schei-mal auf dein Frieden-Kind
Muß einer sein ...

Seitdem dieß für einen Gärtner
Seitdem diese Erde im Gesicht
Seitdem diese schweißige Hände
Ein normaler Friedhofsgärtner ist das nicht

Erst mit dem Latsch am Ende
Sein Wissen ist ganz für die Katz
Er radel gegen Grabsteinwände
Erst hier völlig fehl am Platz

Die Stille ist so ungewohnt
Er fühlt sich wie der Mann im Mond
Denn Pädagogik, ihr versteht
Die kommt bei Toten just zu spät

Seitdem bei dem Lehrermangel
Seitdem bei dem Bildungsdiebstahl
Seitdem bei den vielen Sitzabblibern
Als normaler Mensch kommt man ja nicht mehr mit

Schreit sie auch an, die Grabsteiner
Da hinten ruht die Schulreform
Dort ruhen auch die Steuergelder
Die Friedhofsräte ist enorm
Hier wird die Zukunft still begraben
Hier liegen Bildungschancen flach
Hier hab'n die Murnen das Sagen
Hier kommt der Grippe ins Tiefkühlfach

Seitdem für eine Mark die Stunde
Seitdem so als rich't'ger Studienrat
Seitdem wie der da am Werk ist
So mit Hacke, Spaten, Schere, Blumendraht

Seitdem, daß dem das nichts ausmacht
Seitdem, daß er noch so freundlich ist
Seitdem, wie er neulich sagte
Daß er Kämpfer sei und auch ein Optimist

Hier wird sein Fall bestimmt nicht enden
Sein Kampf fängt überhaupt erst an
Er hat jetzt Schwielen an den Händen
Wer weiß wozu das gut sein kann

ReVox A 78, Verstärker 000.---

Vergleichen Sie unsere Preise mit denen der Großstadt...wir sind günstiger !

Alle Preise einschl. MwSt., mit Werks-garantie in Originalverpackung !

Testen Sie unsere Tiefstpreise !

H I F I - S T E R E O - D E C O R

2400 L Ü B E C K 1

Huxstrasse 99, Tel. 0451 / 75539-76780